

Piratenpartei Deutschland Pflugstr.9a 10115 Berlin

Philine Edbauer
c/o MACHWERK
Am Krögel 2
10179 Berlin

13.05.2024

Ihre Anfrage zur EU-Wahl

Sehr geehrte Frau Edauer,

danke für Ihre Wahlprüfsteine im Rahmen der EU-Wahl 24, die wir nachfolgend beantworten:

Vorbemerkung:

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments haben kein eigentliches Initiativrecht, um damit Gesetzesvorhaben auf parlamentarischer Ebene anzustoßen. Wohl aber haben sie die Möglichkeit, mittels so genannter Resolutionen die EU-Kommission aufzufordern, Gesetzes- bzw. Richtlinienentwürfe vorzulegen. Insofern setzen wir uns für die von Ihnen formulierten Punkte dahingehend ein, im EU-Parlament Mehrheiten für die entsprechenden Forderungen an die EU-Kommission zu organisieren. Und uns dann in der Beratung der von ihr vorgelegten Vorhaben unter Beteiligung der Interessenverbände entsprechend positionieren.

1. Entkriminalisierung

Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

Ja, dies streben wir seit über 10 Jahren an.

2. Europäische und internationale Verträge I

Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

Piratenpartei Deutschland Bundesverband

Pflugstraße 9a
10115 Berlin

www.piratenpartei.de
vorstand@piratenpartei.de

Telefon: +49-30-27572040
Telefax: +49-30-609897517
bgs@piratenpartei.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Vorsitzender:
Lukas Küffner

Stellv. Vorsitzender:
Stephan Franzelius

Schatzmeister:
Wolf Vincent Lübcke

Stellv. Schatzmeisterin:
Jutta Dietrich

Pol. Geschäftsführer:
Dennis Klüver

Stellv. pol. Geschäftsführer:
Babak Tubis

Generalsekretär:
Borys Sobieski

Stellv. Generalsekretär:
Stephan Erdmann

Bankverbindung:

GLS Bank Bochum
IBAN: DE36430609677006027900
BIC: GENODEM1GLS

Ja, wir unterstützen eine Überarbeitung der UN-Drogenkonventionen und deren Umsetzung in EU-Recht, um eine evidenzbasierte Drogenpolitik zu schaffen, die der öffentlichen Gesundheit und der Schadensbegrenzung.

Wir plädieren dafür, dass sich die EU für eine Neufassung und gegebenenfalls Kündigung der UN-Konventionen zu psychoaktiven Substanzen einsetzt, um eine wissenschaftlich fundierte Sichtweise zu erreichen.

3. Europäische und internationale Verträge II

Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker?

Das Verbot von Kokablättern insbesondere im Hinblick auf die traditionelle Nutzung indigener Völker entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage. Was über lange Zeit seine Wirkung oder Nutzen unter Beweis gestellt hat und wo kein Zweifel daran besteht, dass dieser nicht nur Einbildung oder Placeboeffekt ist, darf es keine Beschränkung in der Nutzung geben.

Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

Ja, dies werden wir bei der unter 2 genannten Vorgehensweise einfließen lassen.

4. Suchtprävention in Schulen

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z.B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

Ja, als Partei, die evidenzbasierte Ergebnisse zur Grundlage ihrer Politik ernannt hat, ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, diesem Ansatz zu folgen,

5. Forschungsförderung

Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

Ja, wissenschaftliche Forschung zu fördern ist eines unserer plakatierten Ziele.

6. Konsumentenschutz/Verbraucherschutz

Sollten für den Konsum von Substanzen (z.B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer ("Vaporizer") weniger strenge Regeln gelten, als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)?

Prinzipiell müssen alle Regelungen im Zusammenhang mit Drogen jeglicher Art evidenzbaisert sein. Dabei spielt der Gesundheitsschutz eine herausragende Rolle. Dies gilt auch für die Einstufung des Konsums via Verdampfer und Rauchens. Da die

wissenschaftlich Forschung hier noch nicht zu einheitlichen Ergebnissen hinsichtlich der Frage, welche Konsumart größere Risiken mit sich bringt, können wir zu dieser Frage noch keine abschließende Einschätzung geben. Da das Vapen allerdings vielfach für überdurchschnittliche Lungenschädigungen verantwortlich gemacht wird, sieht es nicht so aus, dass wir weniger strenge Regeln für die Art dieses Konsums unterstützen würden.

Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes (Tabak) unternehmen?

Wir unterstützen eine gemeinsame europäische Tabakpolitik, die auf Schadensbegrenzung ausgerichtet ist. Wir sind davon überzeugt, dass die öffentliche Gesundheit Priorität haben sollte, und die Politik sollte evidenzbasiert sein und darauf abzielen, den Schaden für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu verringern. Wir befürworten Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen, die den verantwortungsvollen Umgang mit Tabak fördern, von übermäßigem Konsum abhalten und Werbung und Marketing abschaffen.

7. Alkoholpolitik

Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

Ja, wir unterstützen eine gemeinsame europäische Alkoholpolitik, die auf Schadensbegrenzung ausgerichtet ist. Wir sind davon überzeugt, dass die öffentliche Gesundheit Priorität haben sollte, und die Politik sollte evidenzbasiert sein und darauf abzielen, den Schaden für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu verringern. Wir befürworten Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen, die den verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol fördern, von übermäßigem Konsum abhalten und Werbung und Marketing abschaffen.

8. Partizipation

Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert?

Ja, gemäß unserem Motto "Zuhören statt Abhören" ist es unsere Herangehensweise, bei allen politischen Fragen so gut wie möglich mit den Betroffenen zu sprechen. So ist sicher gestellt, dass diejenigen, die die Politik am ehesten und meisten beeinflusst, auch am meisten berücksichtigt werden.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Im Rahmen der den Mitgliedern des Europäischen Parlaments zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, auf den Haushalt Einfluss zu nehmen, werden wir Mittel beantragen.

Wir hoffen, mit diesen Aussagen gedient zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Piratenpartei Deutschland

Thomas Ganskow

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.